

breitungsmöglichkeit erreicht. Die der Cheruth nahestehenden „Allgemeinen Zionisten“ erhielten nur noch 6,3 Prozent. Offensichtlich wurde der größte Teil der Stimmen an die MAPAI verloren.

Der Wahlsieg der MAPAI wurde zweifellos durch den Wunsch breiter Bevölkerungskreise nach einer politischen Stabilisierung herbeigeführt. An den Wahlen nahmen ca. 70 000 Erstwähler und etwa die gleiche Zahl neuer Einwanderer teil.

Die Kommunisten verloren fast die Hälfte ihrer Stimmen (2,8 %, vorher 4,5). Dies wird auf die außenpolitische Situation zurückgeführt. Man nimmt an, daß diese Stimmen den Linksparteien zugute kamen, welche wiederum Stimmen an die MAPAI verloren haben. Die linksextremistische Achuda Haawodah verlor ein Viertel ihrer Wähler (5,9 Prozent; vorher 8,2). Die linksradikale MAPAM hat mit 7,1 Prozent ihren Wählerstamm, der sich vorwiegend aus Mitgliedern der landwirtschaftlichen Kooperativen und Facharbeitern zusammensetzt, halten können.

Zwölf Parteilisten erhielten weniger als ein Prozent, werden also im neuen Parlament, in dessen Sitze sich zehn Parteien teilen, nicht vertreten sein. Die „neuen“ Parteien, die sich speziell an die orientalischen Juden wandten, wie etwa die „Nordafrikanische Union“ oder die Yemenitische Fraktion“, hatten keinen Erfolg. Auch die Liste der „Invaliden und Feuergeschädigten“ fand nur 1800 Wähler.

Die religiösen Parteien konnten ihre Positionen geringfügig verbessern. Die Nationalreligiöse Partei, in der die bürgerlich-orthodoxe Misrachi-Partei und die orthodoxe Misrachi-Arbeiterpartei vereinigt sind, erreichte einen Stimmenanteil von 9,9 Prozent (vorher 9,1), die ultraorthodoxe Agudath-Jisrael und die ihr angeschlossene Arbeiterpartei erhielten 4,7 Prozent (vorher 4,4).

Obgleich die MAPAI gestärkt aus den Wahlen hervorging, gestalteten sich die Koalitionsverhandlungen äußerst schwierig, so daß die neue Regierung unter der Führung des bisherigen Ministerpräsidenten Ben-Gurion erst im Dezember gebildet werden konnte.

12/6) Grundsatz-Erklärungen der neuen Israel-Regierung

Den vom israelischen Religionsministerium in Jerusalem veröffentlichten „Christian News from Israel“ (X/3—4 vom Dezember 1959 p. 21 sq) entnehmen wir die folgenden ins Deutsche übertragenen Abschnitte:

Am 16. Dezember 1959 stellte der Ministerpräsident Ben Gurion der Knesseth sein neues Fünf-Parteien-Kabinett vor. Rabbiner Y. M. Toledano blieb Minister für religiöse Angelegenheiten, während M. Shapiro das Innenministerium übernimmt. Am selben Abend erfolgte eine Grundsatzerklärung der neuen Regierung, die dem Parlament vorgelegt und von diesem angenommen wurde.

Die folgenden Paragraphen beziehen sich auf die „Religion im Staate“:

60. Die Periode der Sammlung der Verstreuten hat in ihrem Heimatlande jüdische Gruppen zusammengeführt, die seit Jahrhunderten unter dem Einfluß sehr verschiedener Kulturen und Umgebungen lebten und die in ihren Ansichten und Auffassungen geteilt sind sowie sich in ihren Gebräuchen und Sitten unterscheiden. Zur Vereinigung der Nation und zum Aufbau eines normalen nationalen Lebens ist es notwendig, in Israel gegenseitige Toleranz und Freiheit des Gewissens und der Religion zu pflegen und zu erhalten.

61. Die Regierung will religiösen und antireligiösen Zwang, von welcher Seite er immer kommen mag, verhindern und sicherstellen, daß öffentliche religiöse Bedürfnisse durch staatliche Mittel gesichert sind; sie wird Freiheit der Religion und des Gewissens für alle nichtjüdischen Gemeinden in Israel erhalten und dafür sorgen, daß ihre religiösen Bedürfnisse auf Kosten des Staates befriedigt werden, sie wird für die religiöse Erziehung aller Kinder Sorge tragen, soweit es deren Eltern wünschen.

61. Die Regierung wird den status quo im Staat in Angelegenheiten der Religion erhalten.

Die folgenden Paragraphen beziehen sich auf die Minderheiten:

75. Die erzieherischen, gesundheitlichen, der Erziehung dienenden, sozialen und anderen vom Staat zur Verfügung gestellten Einrichtungen, die örtlichen Schulen sollen allen Einwohnern ohne Unterschied der Gemeinde und der Religion zur Verfügung stehen.

76. Wo noch keine Gemeindebehörde errichtet ist, sind die Bürger am Ort aufgefordert, nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen zur Aufrechterhaltung der kommunalen Einrichtungen beizutragen.

77. Die Regierung wird ihre Unterstützung für moslemische, christliche und drusische Dörfer beim Bau von Zugangsstraßen vermehren; die Dörfer sollen an das Elektrizitätsnetz angeschlossen werden.

79. Die Regierung wird die kooperative Bewegung in moslemischen, christlichen und drusischen Städten und Dörfern fördern, sowie Maßnahmen ergreifen, um ihren kulturellen, bildungsmäßigen, und sozialen Standard zu verbessern. Sie wird in allen Orten Lokalbehörden auf der Grundlage demokratischer Wahlen einsetzen.

80. Araber sollen weiterhin Unterricht in arabischer Sprache erhalten, sowie obligatorisch in Hebräisch. Arabische Bürger in Israel haben weiter das Recht, die arabische Sprache in Regierungsstellen, bei Behörden und im Parlament zu gebrauchen.

81. Die staatlichen Einrichtungen für höheres Bildungswesen werden weiterhin allen Bürgern ohne Unterschied der Religion, Nationalität und des Geschlechts offenstehen. Befähigte arabische und drusische Schüler von Volks- und Mittelschulen sollen, wenn sich ihre Eltern eine Fortsetzung der Erziehung nicht leisten können, Stipendien auf derselben Grundlage wie jüdische Schüler erhalten.

82. Gemeinderäte sollen in Dörfern, wo es diese bisher noch nicht gab, beschleunigt gewählt werden.

83. Vollständige Gleichheit von Rechten und Pflichten soll allen Bürgern von Israel zukommen.

12/7 Weihnachten im Heiligen Lande

„Jedioth Chadashot“ (die in Israel erscheinende deutschsprachige Tageszeitung) schreibt vom 25. 12. 1959:

Über 2000 römisch-katholische und protestantische Christen, darunter etwa hundert amerikanische Staatsbürger, begaben sich am Vormittag des 24. Dezember durch das Mandelbaumtor in den jordanischen Teil der Heiligen Stadt und von dort nach Bethlehem, an den Geburtsort des Stifters ihrer Religion, um dort die Weihnachtsfeiern zu begehen. Bei dem strahlend sonnigen Winterwetter wickelte sich der „kleine Grenzverkehr“ dieses Jahr besonders schnell und reibungslos ab, und die Zusammenarbeit der israelischen und jordanischen Zivil- und Polizeibeamten funktionierte recht gut. Auf beiden Seiten waren Zelte aufgestellt, wo die Formalitäten nach Herkunftsort geordnet erledigt wurden. Nicht selten konnte man ein altes christliches Mütterchen sehen, wie es von einem martialisch wirkenden moslemischen Legionär mit Pickelhaube behutsam am Grenzstacheldrahtzaun entlang auf die jordanische Seite hinüber geleitet wurde, während ein nicht weniger strammer israelischer Militärpolizist ihr brav ihre altmodische große Tasche (wohl mit Geschenken für Enkel und Urenkel) ins „Feindesland“ hinübertrug. Innenminister M. Ch. Shapiro überzeugte sich persönlich von der glatten Abwicklung der Grenzpassage und fand den Distriktsrepräsentanten Jeshaja und dessen Assistenten R. Levy in freundschaftlichem Gespräch mit dem jordanischen Repräsentanten N. Nashashibi, der sich aber beim Herannahen des Ministers in seinen Staat zurückzog...

Die Jordanier, die schon vorher etwa zweihundert von Israel genehmigten Pilgern den Eintritt verweigert hatten, wiesen noch plötzlich etwa ein Dutzend zurück, und es kam zu herzerreißenden Szenen, da deren Verwandten auf der anderen Seite sichtbar auf sie warteten, aber nicht einmal ein Wort

wechseln konnten. Auch sonst war es rührend anzusehen, wie Familienmitglieder nach oft jahrelanger durch Krieg und Flüchtlingsschicksal bedingter Trennung sich wieder in die Arme schließen konnten und wenigstens einmal wieder, wenn auch nur 36 Stunden, zusammen verbringen können, denen aber diesmal der Schabbath etwas vorzeitig ein Ende setzt.

Um 12 Uhr mittags begab sich der lateinische *Patriarch Msgr. Alberto Gori* aus der Altstadt in feierlicher Prozession nach Bethlehem, wo er von der Musikkapelle der arabischen Legion empfangen wurde. Amerikanische Truppen aus der Luftbasis Dahran in Saudien sowie Soldaten der UNEF aus Gaza waren unter den zahlreichen Touristen in Bethlehem. Gleichzeitig übertrug *Kol - Israel* die Weihnachtsmesse aus der Maria Heimgang Abtei der Benediktiner auf dem Zionsberg. Das YMCA-Gebäude prangte ebenso wie die Franziskanerkirche in der Altstadt im Lichterglanz, und ein Glockenspiel ließ die vertrauten Weihnachtslieder über die Grenzen hinaus erklingen...

*

In Israel war am Heiligen Abend in Nazareth die St. Josefskirche überfüllt, als der neu ernannte Generalvikar der römisch-katholischen Kirche in Israel, *Bischof Piergiorgio Chiappero*, die Weihnachtsmesse hielt.

(Aus: 'The Israel Digest' [III/1] [Jerusalem, 8. 1. 1960], p. 5.)

12/8) Israel und wir

Wann geht der erste deutsche Botschafter nach Jerusalem?

Wir freuen uns, einem führenden Organ der CDU, dem 'Rheinischen Merkur' (15/2), Köln, 8. 1. 1960, den folgenden, sehr zeitgemäßen Appell entnehmen zu können, durch dessen Berücksichtigung manches Mißtrauen überwunden werden könnte, das die letzten Ereignisse wachrufen mußten. Könnte darauf besser geantwortet werden?

Während des letzten Wahlkampfes in Israel fragte eine große Zeitung in Tel Aviv den wegen der Waffenlieferungen an die Bundesrepublik heftig angegriffenen Ben Gurion, ob die Verbrechen der Deutschen gegen die Juden in der Hitlerzeit die Anbahnung von Beziehungen mit Bonn nicht ungeraten erscheinen ließen. Ben Gurion antwortete: „Das deutsche Volk hat sich von der Lehre der Nazis abgekehrt, und die heutige deutsche Regierung ist nicht mit den Nazi-Herrschern identisch.“ Er sprach sich dafür aus, daß Israel die Freundschaft des deutschen Volkes erwerben müsse. Und in einem Interview mit der Londoner 'Times' erklärte er, er habe die Bundesregierung wissen lassen, daß Israel an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bonn interessiert sei. Ben Gurion gewann mit seinem vorwärtsweisenden Programm die Mehrheit seiner Landsleute und ihre Stimmen. Aber auf eine offizielle deutsche Stellungnahme zu seinem Vorschlag wartet er immer noch.

Es ist wahr: als Bonn im Jahre 1952 gleichzeitig mit dem Abschluß des Wiedergutmachungsabkommens die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anbot, winkte Israel ab. Die Erinnerung an die sechs Millionen hingemetzelten Juden war noch zu frisch und so stark, daß nicht wenige Israeli auch die Annahme der deutschen Wiedergutmachungsleistungen als „ehrlos“ zurückwiesen. Inzwischen haben wir ungefähr die Hälfte unserer Zahlungsverpflichtungen (von insgesamt 3,5 Milliarden DM) erfüllt und damit einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des jungen Staates geleistet – ungeachtet der arabischen Boykottandrohungen, die niemals verwirklicht wurden. Warum aber zögern wir mit den diplomatischen Kontakten?

In Kairo und Bagdad wie in Jerusalem glaubt man die Antwort zu kennen: weil wir Angst hätten, daß die arabischen Staaten „zur Vergeltung“ Ulbrichts Regierung anerkennen. Aber vor *welchen* arabischen Staaten sollten wir denn „Angst“ haben? Vor Tunesien und Marokko, die ihren Platz an der Seite des Westens wissen? Oder vor Libanon und Jordanien? Oder etwa vor Kassem und seinem neu proklamierten Palästina-Staat unter dem Zeichen des halbroten „fruchtbaren Halbmonds“, der wiederum Nassers panarabi-

schen Führungsanspruch durchkreuzt? Welche Optik: ausgerechnet Großbritannien, das derzeit unsere Interessen in Jerusalem vertritt, liefert Kassem Waffen, die er eines Tages zur Liquidierung des Staates Israel einsetzen könnte! Und in welchem Licht müssen wir den verständigungswilligen Israeli erscheinen, wenn wir so betonte Rücksicht auf Kairo nehmen, wo nicht nur die Zind und Eisele sitzen, sondern auch eine sowjetzonale „Handelsmission“ geduldet ist?

Die Araber werden den Wert unserer Freundschaft gewiß nicht deshalb höher einschätzen, weil wir uns von ihnen unter Druck setzen und Israel weiter warten lassen. Es hat ein moralisches Recht darauf, daß wir uns nach der materiellen Wiedergutmachung nun auch zur Normalisierung der *politischen* Beziehungen entschließen.

P. B.

12/9) Nochmals: Wer ist Jude?

Im Anschluß an Rundbrief XI 41/44 (November 1958) S. 92 ff.

Wie berichtet, hatte eine israelische Regierungskommission sich im Dezember 1958 an 57 Rabbiner und Gelehrte von Ruf in aller Welt gewandt, um die sich aus dem Mischehenproblem ergebenden Nationalitäts- und Registrierungsfragen prüfen zu lassen. Nach dem inzwischen veröffentlichten Ergebnis der Enquête kam die große Mehrheit der Befragten zu dem Schluß, daß als „Jude“ nur derjenige zu bezeichnen sei, der nach den religiösen Vorschriften (Halacha) als „Jude“ gilt. Dieser Standpunkt wurde unter anderem von Rabbi Maimon, der als Religionsminister der ersten Regierung Israels angehört hatte und zu den Freunden Ben Gurions zählt, sowie vom Oberrabbiner Hollands, Schlomo Rodrigues Pereira, ferner von Prof. Liebermann, New York, dem Oberrabbiner der israelischen Armee, Schlomo Goren und dem Oberrabbiner Frankreichs, Jacob Kaplan vertreten.

Die liberale Auffassung hielt entgegen, daß in einem modernen liberalen Staat die Frage der Religionszugehörigkeit keine Differenzierung im Staatsbürgerschafts- und Familienrecht bewirken dürfe, so Prof. Sir Isaiah Berlin von der Universität Oxford. Jude im gesetzgeberischen Sinne könne sich nicht mit Jude im religiösen Sinne decken – eine Auffassung, die sich freilich vorerst immer juristisch mit der Existenz der religiösen Sondergerichtsbarkeit in Israel auf Grund des Gesetzes betr. die Zuständigkeit der Rabbinatsgerichte vom 26. 8. 1953 stoßen wird¹. Nach diesem Gesetz werden Familienrechtsfragen von Juden in Israel ausschließlich nach jüdischem Gesetz und vor rabbinischen Sondergerichten entschieden.

Zu der Gruppe, die für eine liberale Lösung eintritt, gehören der Oberstaatsanwalt und juristische Berater der Regierung Chaim Cohen, selbst ein religiöser Jude, der italienische Zionist Prof. Dante Lattes, Prof. Wolfson von der Harvard Universität und Rabbiner Salomon Freehof, Pittsburg.

Die Regierung Ben Gurions hat nach der Enquête alle seit der Staatsgründung erlassenen Vorschriften über die Registrierung aufgehoben und die weitere Entscheidung vertagt². Ein weiterer Vorstoß der orthodoxen Gruppe zur Frage „wer ist Jude?“ wurde in der Knesseth im Sommer 1959 von Rabbi Shlom Lorincz geführt³.

¹ Vgl. Bergmann, Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht Bd. II, J 1, S. 1 ff.

² Vgl. Aufbau (XXV/35) New York, 28. 8. 1959.

³ Nach Redaktionsschluß erreicht uns die Mitteilung, daß das israelische Innenministerium neue Bestimmungen über die Definition „Wer ist Jude“ herausgab. Jude ist, wer von beiden Seiten jüdische Eltern hat, oder wer auf traditionelle, anerkannte Art zum Judentum übergetreten ist. Das Wort Jude steht sowohl unter der Rubrik „NATION“ als unter „RELIGION“. Bei Mischehen werden die Kinder als Juden eingetragen, deren Mutter jüdisch ist; ist nur der Vater Jude, werden die Kinder nach Nation und Religion der Mutter eingetragen. — Alle, die zwar als Juden ins Land kamen, hier jedoch nicht als solche behandelt werden sollen, werden ihren wirklichen Glauben und ihre wirkliche Nationalität durch Dokumente beweisen müssen; wenn sie die Einreisebewilligung auf Grund falscher Angaben erhalten haben, müssen sie sich vor Gericht verantworten und verlieren evtl. ihren Status als Neueinwanderer.

(Zitiert nach Israelitisches Wochenblatt (60/15), Zürich, 8. 4. 1960. S. 11.)

³ Vgl. Israelitisches Wochenblatt (59/33), Zürich, 14. 8. 59, S. 5/7.